

Neue Zürcher Zeitung

## Ja zur Begrenzungsinitiative, Nein zur SVP: Wie der Verband Avenir 50 plus Freund und Feind verärgert

Mit seiner Parole zur Begrenzungsinitiative provoziert der Verband Avenir 50 plus sogar Sympathisanten. Treibende Kraft der Organisation ist die Präsidentin Heidi Joos. Ihre Streitlust hat ihr jüngst ein Verfahren der Luzerner Staatsanwaltschaft eingebracht.

Andri Rostetter  
26.08.2020, 18.00 Uhr



«Intensive» Debatte: Der Verband Avenir 50 plus befürwortet die Begrenzungsinitiative.

Simon Tanner / NZZ

Der Verband Avenir 50 plus steht selten im Rampenlicht. Als Selbsthilfe- und Lobbyorganisation für über 50-jährige Erwerbslose, Ausgesteuerte und Sozialhilfeempfänger agiert er hinter den politischen Kulissen. Von der Generalversammlung am vergangenen Wochenende hätte kaum jemand Notiz genommen, hätte der Verband nicht überraschend die Ja-Parole zur Begrenzungsinitiative beschlossen.

An der GV warben der Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt und Thomas Bauer von der Gewerkschaft Travail Suisse Seite an Seite für ein Nein zur Begrenzungsinitiative. Auf dem Papier wäre der St. Galler SVP-Nationalrat Mike Egger eigentlich der einzige Vertreter der Befürworter gewesen. Er erhielt aber unerwartet Unterstützung von Heidi Joos, Geschäftsführerin von Avenir 50 plus.

Wie der Verband in einer Mitteilung schreibt, habe Joos die SVP zuerst für ihr Referendum gegen die Überbrückungsleistungen (ÜL) kritisiert – Egger ist Co-Präsident des Referendumskomitees. Danach habe sie die

Vorteile einer begrenzten Zuwanderung hervorgehoben. Ob sie die Initiative explizit zur Annahme empfohlen hat, geht aus der Mitteilung nicht hervor. Auf Nachfrage sagt sie aber, dass die Initiative zumindest für den Niedriglohnssektor Verbesserungen bringen könnte. «Da könnte ein Zuwanderungsstopp tatsächlich etwas bringen.»

#### «Kein Ja zur SVP-Politik»

Nach der Podiumsdiskussion hätten die Mitglieder von Avenir 50 plus eine «intensive» Debatte über die Begrenzungsinitiative geführt, sagt Joos. Schliesslich habe man sich darauf geeinigt, die Initiative zur Annahme zu empfehlen, sich aber gleichzeitig «von der SVP als Partei» zu distanzieren. «Die SVP ist massgeblich für den Sozialabbau der vergangenen Jahre verantwortlich», sagt Joos. «Dieses Ja zur Initiative ist also weder ein Ja zur Politik der SVP noch ein ausländerfeindliches Votum.»

Mit welchem Stimmenverhältnis die Ja-Parole beschlossen wurde, gibt der Verband nicht bekannt. Die Initiative sei aber «grossmehrheitlich» befürwortet worden, sagt Joos. In der Mitteilung ist zudem von einem «breit getragenen Konsens» die Rede.

#### Gewerkschaft distanziert sich von Verband

Unklar bleibt, wer hinter diesem Konsens steht. Auf seiner Website listet der Verband eine Reihe von «Botschaftern» auf, unter ihnen lokale Politprominenz aus der Zentral- und Ostschweiz, der ehemalige Swica-Generaldirektor Hans-Ulrich Regius oder der Gewerkschafter und ehemalige SP-Nationalrat Corrado Pardini. Auf der Website weist Avenir 50 plus darauf hin, dass die Positionen des Verbandes «nicht zwangsläufig deckungsgleich mit denjenigen der Botschafterinnen und Botschafter» seien.

Bei Corrado Pardini ist dies der Fall. Er distanzieren sich «in aller Form» von dieser Abstimmungsparole, sagt Pardini. «Die Personenfreizügigkeit ist die wichtigste sozialpolitische Errungenschaft der letzten zwanzig Jahre.» Auch der Gewerkschaftsbund des Kantons Bern (GKB) ist als Botschafter von Avenir 50 plus aufgeführt. Dies gehe zurück auf die Zusammenarbeit für das «Manifest 50 plus», einen Forderungskatalog für über 50-jährige Arbeitnehmer, sagt der Sekretär Johannes Wartenweiler. Die Parole komme aber überraschend. «Der GKB ist unmissverständlich gegen die Begrenzungsinitiative.»

Für das Projekt Avenir 50 plus arbeitete der Verband zusammen mit Corrado Pardini, Nationalrätin Regula Rytz (Grüne) und Cédric Wermuth (sp). Als das Manifest im März 2018 scheiterte, machte Joos die Parlamentarier dafür verantwortlich. Danach haben die Gewerkschaften die Kontakte mit dem Verband auf ein Minimum reduziert.

## Im Dunstkreis von Esoterik und Verschwörungstheorien

Aufgefallen ist Joos, die früher für die POCH im Luzerner Parlament sass, auch mit ihrer Haltung zu Corona. Im Mai äusserte sie sich auf der Website von Avenir 50 plus kritisch zu den Massnahmen des Bundes zur Eindämmung der Pandemie. Dabei zitierte sie neben anerkannten Wissenschaftlern wie dem Staatsrechtler Andreas Kley oder dem Ökonomen Peter V. Kunz auch Stimmen aus dem Dunstkreis von Esoterik und Verschwörungstheorien. Dazu gehört etwa Lothar Hirneise, Gründer der Plattform «Ichbinanderermeinung.de» und Experte für «nichtuniversitäre Krebstherapien» (Buchtitel: «Chemotherapie heilt Krebs, und die Erde ist eine Scheibe»). Auch den Solothurner Autor und Verleger Christoph Pfluger, ein Corona-Skeptiker der ersten Stunde, nimmt Joos als Referenz.

Joos ist auch auf Anti-Corona-Kundgebungen präsent. Im Juni wurde sie in Luzern bei einer Demonstration gegen die Pandemie-Massnahmen festgenommen. Die Luzerner Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung wegen Gewalt und Drohung gegen Beamte sowie Hinderung einer Amtshandlung eröffnet. Joos soll sich gegen die Kontrolle der Personalien gewehrt und eine Polizistin gebissen haben. Joos bestreitet die Vorwürfe. Sie sei beim Einsatz der Polizei selber verletzt worden und habe ihrerseits Beschwerde gegen die Polizei eingereicht.

## Mehr zum Thema

### KOMMENTAR

#### **Der Frontalangriff der SVP auf den bilateralen Weg mit der EU ist gefährlich**

Die Schweiz ist mit ihren Abkommen mit Brüssel gut gefahren. Die Begrenzungsinitiative würde nicht nur die Personenfreizügigkeit beenden, sondern das Verhältnis zur EU generell infrage stellen. Ein klares Bekenntnis des Stimmvolks zu den Bilateralen wäre auch für eine andere Debatte ein Signal.

Tobias Gafafer 26.08.2020



---

## Die Initiative «Für eine massvolle Zuwanderung» (Begrenzungsinitiative) auf einen Blick

Am 27. September stimmt das Volk über die Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit ab. Die Schweiz soll die Einwanderung aus der EU selber steuern. Dies würde auch die Bilateralen mit Brüssel infrage stellen.

Tobias Gafafer 14.05.2020



---

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.